

Rüdiger Kauroff
SPD Landtagsabgeordneter für Garbsen und die Wedemark

Wahlkreisbüro
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Tel: 0511-1674 348
buero@kauroff-spd.de
www.rüdiger-kauroff.de



Landtagspost April 2023: Neues aus dem Parlament

Liebe Genossinnen und Genossen,

was heißt es, Mitglied des Niedersächsischen Landtags zu sein? Diese Frage konnten sich im April 105 Schülerinnen und Schüler aus ganz Niedersachsen in der SPD-Fraktion beantworten. Im Rahmen des Zukunftstags 2023 lernten sie die Arbeit im Landtag von innen kennen. Es war schön zu sehen, dass sich in diesem Jahr über 100 Schülerinnen und Schüler für unseren Zukunftstag angemeldet haben. Die Berufswahl ist sicher für die meisten jungen Menschen eine schwierige Angelegenheit. Den Zukunftstag halte ich für eine ausgezeichnete Möglichkeit, für einen Tag in unsere Arbeit einzutauchen. Und wer weiß: Vielleicht haben wir ja heute schon zukünftige Abgeordnete kennengelernt.

Nach der Begrüßung durch den Fraktionsvorsitzenden Grant Hendrik Tonne konnten sie ihre Fragen an den jugendpolitischen Sprecher Marten Gäde richten. Auch Ministerpräsident Stephan Weil beantwortete die Fragen der Schülerinnen und Schüler zur Legalisierung von Cannabis über das eigene politische Interesse bis hin zu Erfahrungen in der Schulzeit. Danach teilten sich die Nachwuchspolitiker:innen in fünf Fraktionen auf und erarbeiten gemeinsam mit Abgeordneten politische Anträge. Ein besonderes Highlight stellte die traditionsreiche Abschlussdiskussion mit Abstimmung im Plenarsaal dar.

Der April stand zudem ganz im Zeichen der Hannover Messe. Nach schwierigen Zeiten (2020: Absage wegen Pandemie, 2021: eine nur digitale Hannover-Messe, 2022: ein zögerliches Comeback) ist die wichtigste Industriemesse der Welt wieder in alter Stärke zurück. Herzlich willkommen in der niedersächsischen Landeshauptstadt! Und es gibt auch gleich ein wichtiges neues Thema. Mit Energie befasst sich die Hannover-Messe schon seit vielen Jahren, aber Wasserstoff war bislang kein Schwerpunkt. In diesem Jahr präsentieren gleich mehr als 500 Unternehmen aus aller Welt ihre Vorschläge zur Energie- und Grundstoffversorgung von Industrieunternehmen durch Wasserstoff.

Wasserstoff ist derzeit der Stoff, aus dem in vielen Bereichen die Träume sind, wie wir klimaneutral werden können. Kein Wunder, denn Wasserstoff ist als Energieträger grundsätzlich ebenso geeignet für die Industrie, die großen Verkehrsträger, Wärme in den Wohnungen und manches andere mehr. Ein echter Alleskönner in Sachen Energie eben. Aber wie immer gibt es auch einen Haken. Klimaneutral ist die Energieversorgung durch Wasserstoff nur, wenn auch die zugrunde liegende elektrische Energie CO₂-frei ist. Und noch ein zweites kommt dazu: Durch die Verarbeitung der Ausgangsenergie zu Wasserstoff braucht man unter dem Strich auch deutlich mehr Energie als wenn zum Beispiel Wind- oder Solarstrom direkt genutzt werden. Genau das sind auch die Themen, warum die Träume noch eine Weile warten müssen, bis sie überall realisiert werden können. Erst einmal brauchen wir riesige Menge von Erneuerbaren Energie, damit alle Wünsche befriedigt werden können. In Niedersachsen gehen wir dabei voran – beim Ausbau im eigenen Land, aber auch für den Import von Erneuerbaren Energien oder von klimaneutralem Wasserstoff z.B. über unsere Nordseehäfen Wilhelmshaven und Stade. Dort entstehen derzeit Terminals für Flüssiggas, die die künftig auch für Wasserstoff zur Verfügung stehen werden.

Und noch ein anderes Thema ist sehr wichtig: Der weitere Transport soll vor allem auch über Netze geschehen, die heute noch für Erdgas genutzt werden. Eine Ertüchtigung ist möglich und in Niedersachsen haben wir erfreulicherweise ein besonders dichtes Gasnetz. Das sind gute Startchancen für eine niedersächsische Wasserstoff-Wirtschaft. Wasserstoff hat also jede Menge Perspektiven, aber es sind auch noch jede Menge Hausaufgaben zu machen. Die Hannover-Messe 2023 ist eine erstklassige Plattform um über Wasserstoff zu reden, damit aus diesem Stoff nicht nur Träume sind, sondern auch eine gute saubere Energie- und Industrie-Zukunft entsteht.

Zum Monatswechsel stand für mich als Sozialdemokraten natürlich der 1. Mai im Fokus. Der Deutsche Gewerkschaftsbund stellte den diesjährigen Arbeiterkampftag unter das Motto „Ungebrochen solidarisch“ – auch wir sind ungebrochen solidarisch! Der diesjährige Tag der Arbeit steht immer noch unter dem Eindruck des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Der andauernde Krieg sorgt für unfassbares Leid bei der ukrainischen Bevölkerung. Er stellt die internationale Gemeinschaft vor Herausforderungen von enormer Tragweite. Wir stehen an der Seite der Menschen in der Ukraine, die ihre Freiheit, ihre Demokratie und ihre Selbstbestimmung verteidigen. Wir sind solidarisch, aber wir werden nicht Kriegspartei. Wir unterstützen mit Waffenlieferungen zur Selbstverteidigung, humanitärer Hilfe und wirtschaftlichen Sanktionen. Der russische Angriffskrieg erzeugt auch wirtschaftliche und soziale Härten in den Staaten, die die Ukraine unterstützen. Dass der Westen und die große Mehrheit in unserer Bevölkerung trotz allem weiterhin ungebrochen solidarisch sind, hat Putin unterschätzt. Zu glauben, die Demokratinnen und Demokraten ließen sich auseinanderreiben, war Putins erster Fehler in einer langen Reihe von Fehlern. Wir unterstützen wie unsere europäischen Nachbarn die vielen Menschen aus der Ukraine, die vor dem Krieg zu uns geflohen sind. Der Schlüssel zum Frieden liegt in Moskau. Der Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine ist Voraussetzung für die Rückkehr zu einer dauerhaften friedlichen Ordnung in Europa.

In den vergangenen Jahren war Deutschland sowohl bei der Lieferung von Öl und Gas als auch bei der Bewirtschaftung der Gasspeicher eine fatale Abhängigkeit von Russland eingegangen. Dass die Gasspeicher unseres Landes zum Zeitpunkt des Überfalls auf die Ukraine leergelaufen waren, muss als Teil der Kriegsvorbereitung gewertet werden. Bundeskanzler Olaf Scholz hat deshalb entscheidende Maßnahmen vorgeschlagen, um Deutschlands Energieversorgung sicherzustellen und unsere Abhängigkeit von Russland bei Energielieferungen aufzulösen. Und in weniger als einem Jahr haben wir diesen Kraftakt geschafft. Mit LNG-Terminals und neuen Handelspartnern – alles in Rekordzeit und mittlerweile zu wieder massiv gesunkenen Preisen, die vor einigen Monaten undenkbar schienen. Die SPD-geführte Bundesregierung hat schnell und entschlossen auf die wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffs reagiert. Doch die höchste Inflation seit Jahrzehnten, getrieben vor allem durch Energie- und Lebensmittelpreise, belastet insbesondere Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Wir haben deshalb über 300 Milliarden Euro mobilisiert, um Menschen spürbar zu entlasten und Existenzen zu sichern. Damit haben wir die ärgsten Härten für Unternehmen und für Bürger*innen abgefedert und mit der erstmaligen Einführung einer Übergewinnsteuer dafür gesorgt, dass Unternehmen im Energiesektor sich nicht leistungslos bereichern können. Der Bundeskanzler hat das Versprechen „You'll never walk alone“ abgegeben – niemand wird allein gelassen.

Daher: Nicht nur am 1. Mai steht die Sozialdemokratie solidarisch an der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften, die in aktuellen Tarifrunden für weitere Entlastungen und verdiente Lohnsteigerungen kämpfen. Die Politik mischt sich nicht in die Tarifautonomie ein. Aber wir erwarten, dass neben staatlichen Maßnahmen auch die Tarifpolitik ihren Beitrag für die Entlastung der Beschäftigten leistet. Viele Unternehmen haben gute Gewinne gemacht, an denen sie ihre Beschäftigten nun auch beteiligen müssen. Es ist absurd, wenn einige Arbeitgeberfunktionäre jetzt gemeinsam mit Teilen von CDU und CSU das Streikrecht angreifen. Das Streikrecht ist ein Grundrecht und hat Verfassungsrang. Wer das Streikrecht angreift, bekommt es mit dem erbitterten Widerstand der Sozialdemokratie zu tun.

Wir wollen die Digitalisierung der Arbeitswelt aktiv gestalten, ihre Chancen für mehr Souveränität und Arbeitszufriedenheit für alle Beschäftigten zugänglich machen und Gefahren wie eine vermehrte Überwachung am Arbeitsplatz oder die Diskriminierung verhindern.

Dafür sind insbesondere entscheidend: Transparenz, Kompetenz und Mitbestimmung. Solidarität ist eine starke Kraft. Erfolgreiche Transformation und Digitalisierung gibt es nur gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften. Dafür wollen wir eine deutliche Stärkung der Mitbestimmung und der Tarifbindung.

Lasst uns gemeinsam für eine moderne und gerechte Arbeitswelt eintreten – gemeinsam SPD und Gewerkschaften!

Euer Rüdiger Kauroff

